Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 34. | Dresden, Dienstag den 11. Februar 1919. | 30. Jahrg.

Sozialisierung in Sachsen.

Der Vollzugsausschuß des sächsischen Landes-Arbeiter- und Soldatenrats hat sich gestern mit dem Entwurf einer Sozialisierungs-Denkschrift beschäftigt, die in seinem Auftrage von Hermann Kranold, Chemnitz (in Verbindung mit Dr. Otto Neurath und Wolfgang Schumann), ausgearbeitet wurde und dem Gesamtministerium der Republik Sachsen vorgelegt werden soll. Der Vollzugsausschuß hat die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, um der Oeffentlichkeit zu ermöglichen, sich vorher mit dem wichtigen Dokument bekannt zu machen. Es deckt sich im wesentlichen mit den Grundgedanken, die Dr. Otto Neurath in seinen Artikeln bei uns vertritt. Aus Raumgründen können wir mit der Veröffentlichung des wichtigen Entwurfs erst morgen beginnen.

Sozialisierung.

Von Privatdozent Dr. Otto Neurath.

II.

Die Sozialisierung kann uns nur dann vor dem fürchterlichsten Zusammenbruch retten, wenn sie umfassend und rasch in Angriff genommen wird. Wir würden von der Einsicht eines Chirurgen wenig halten, der immer beteuern würde, je lebenswichtiger eine Operation sei, um so langsamer, um so weniger einschneidend müsse sie vorgenommen werden. Je eher das Volk planmäßig die vorhandenen Großorganisationen beherrscht und ausgestaltet, um so früher wird die zweckmäßigste Verteilung der Kräfte möglich sein. Sobald einmal alles der öffentlichen Herrschaft unterworfen, und das allein heißt: vergesellschaftet, ist, mag im einzelnen die Wirtschaft noch so verschieden gestaltet sein — dann wird der Zusammenhang zwischen Erzeugung und Verbrauch unmittelbar klar. Das Dazwischentreten des Geldes mit all seinen Täuschungen hört auf, das Zentralwirtschaftsamt kann den Arbeitern auf Grund des Wirtschaftsplans in großen Zeugen vorrechnen, wie viel Brot, Fleisch, Wohnung, Kleidung auf den einzelnen entfallen kann. Naturalien kann man nur in begrenzten Mengen fordern, Geld grundsätzlich in unbegrenzten. Daß erhöhte Geldlöhne mit Hilfe von Papiergeldvermehrung bezahlt und durch Preiserhöhung der Produkte letzten Endes unwirksam werden, ist im Augenblick der Lohnforderung nicht unmittelbar ersichtlich. Damit sie sich die wichtigsten Bedarfsartikel der Arbeiterschaft gesichert werden können, müssen neue Organisationen geschaffen werden die sich auf die vorhandenen landwirtschaftlichen und industriellen Verbände, auf Konsumvereinigungen und Gemeinden stützend eine planmäßige unmittelbare Verwaltung der Produktion einleiten. Unter Führung des Zentralwirtschaftsamts hätten diese Organisationen auch die Beschaffung derjenigen Waren durchzuführen, für die man aus dem Auslande den Notbedarf des Tages eintauschen kann. (Kompensationsverkehr). Nur durch planmäßige Maßnahmen, die gleichzeitig das ganze Wirtschaftsleben erfassen, kann die Zwitterwirtschaft beseitigt werden, die wir heute haben, der Zustand der Lähmung, der daraus entstanden ist, daß wir zur Zeit alle Mängel der früheren freien Verkehrswirtschaft und alle Mängel der neuen Verwaltungswirtschaft erhalten, ohne ihrer Vorzüge teilhaftig zu sein. Wenn das arbeitende Volk unmittelbar über die Produktion unterrichtet wird und die Verteilung des Erzeugten letzten Endes leitet, dann werden die Arbeitsbedingungen restlos zu Bestimmungen des öffentlichen Rechts. In der sozialisierten Wirtschaft ist der Streik Bürgerkrieg. Es wäre doch unerträglich, daß die Arbeiter, welche Tische und Maschinen herstellen, den Erpressungen der Arbeiter ausgesetzt sein sollten, die in lebenswichtigeren Betrieben, in Kohlen- und Elektrizitätswerken, tätig sind. Nur die persönliche Leistung soll ja in der sozialisierten Wirtschaft Anspruch auf Lohn geben, nicht irgend eine Monopolstellung. All das setzt Klarheit und Beherrschbarkeit der Lebensordnung voraus. Nur dann, wenn das arbeitende Volk den Zusammenhang zwischen der eignen Lebenslage und den technischen Bedingungen der Produktion erkennt, wird es aus freien Stücken im wohlverstandenen Eigeninteresse alle Verbesserungen der maschinellen Einrichtungen, alle Vervollkommnungen des Arbeitsvorganges begrüßen, die ihm nunmehr durch Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Wohnung, Nahrung, Kleidung usw. unmittelbar zugute kommen.

Wo die Not besonders groß ist, da ist planmäßiges Vorgehen, vermeiden jeder Unwirtschaftlichkeit, ist Sozialisierung besonders naheliegend. Aber ist sie auch durchführbar?

Sozialisierung setzt weitgehende Organisation voraus. Deutschlands Wirtschaft verfügte bereits vor dem Kriege über recht entwickelte Großorganisationen, Kartelle, Gewerkschaften, Genossenschaften, Konsumverbände, Banken usw. Riesenunternehmungen auf dem Gebiete des Elektrizitäts- und Bergwesens; der Krieg hat sie weiter zentralisiert und beherrschbar gemacht. Es bedarf nur einer zielbewußten Wirtschaftsführung, um all das dem großen Plan dienstbar zu machen, den die Naturalrechnungszentrale entwirft.

Jedes Gebiet, das über ein Zentralwirtschaftsamt verfügt, kann planmäßig vorgehen, das heißt sozialisieren. Ein einzelnes Staatsgebiet kann heute leichter für sich sozialisieren, als es früher beim Herrschen der freien Konkurrenz sozialpolitische Reformen einführen konnte. Der einzelne planmäßig wirtschaftende Staat tritt wie ein großer Trust der übrigen noch zersplitterten Welt gegenüber.

Die internationale Lage erleichtert augenblicklich die Sozialisierung in einem noch nie dagewesenem Grade. Der Krieg hat die internationalen Beziehungen zerrissen; die Sozialisierung mußte auf keine Rechte englischer, französischer, amerikanischer Aktionäre und Gläubiger Rücksicht nehmen, wie dies vor dem Kriege der Fall gewesen wäre. Die von manchen Seiten geänderte Anschauung, das Ausland werde einzelnen Privatunternehmern lieber Kredite gewähren, als dem Staat, gilt wohl nur für die so traurige Uebergangszeit, in der man der Kraft des Staats, eine geordnete Wirtschaft herzustellen, mißtraut. Ist einmal die Sozialisierung weiter fortgeschritten, ist sie mit arbeitstechnischen und maschinentechnischen Fortschritten verbunden, dann sinkt die Kreditfähigkeit des einzelnen die des Staates. Die Gesellschaft verfügt dann über Tausch- und Pfandobjekte aller Art.

Nicht ernst zu nehmen ist die Anschauung, die Entente werde in einer sozialisierten Wirtschaft mehr öffentliches Eigentum vorfinden, das sie beschlagnahmen kann. Als ob die Entente lange danach gefragt hätte, wem die landwirtschaftlichen Maschinen gehören, die sie fordert!

Wenn man nunmehr daran geht, die Wirtschaft zu sozialisieren, dann muß immer festgehalten werden, daß es sich um Schaffung einer planmäßigen Verwaltungswirtschaft auf sozialistischer Basis handelt, daß einzelne Verstaatlichungen selbst noch keine organisatorischen Fortschritte sind, sie wohl aber vorbereiten können, daß vielmehr alles darauf ankommt: die organisierenden Kräfte allüberall zu beleben und der Gesellschaft dienstbar zu machen.

Die Annahme der Notverfassung.

Gestern hat die Nationalversammlung in Weimar die vorläufige Reichsverfassung angenommen. Wir haben jetzt eine Verfassung, die gegründet ist auf dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes. Die Verfassung des alten deutschen Reiches war nicht von dem deutschen Volke geschaffen, sondern sie war von den bundesstaatlichen Regierungen vereinbart und dann allerdings von der Volksvertretung bestätigt worden. Diesmal aber hat das souveräne deutsche Volk sich allein ein neues Verfassungsrecht gegeben. Durch die Revolution war das bestehende Recht durchbrochen worden, aber es ist eine Lebensfrage für ein Volk, daß nach einer Revolution so schnell wie möglich geordnete Rechtsverhältnisse hergestellt werden. Deswegen haben auch die revolutionären Gewalten, die die Revolution zur Herrschaft gebracht hat, sofort erklärt, daß alles Recht, soweit es nicht ausdrücklich aufgehoben worden ist, weiter bestehen soll. Deshalb war es auch von so großer Wichtigkeit daß willkürlichen Eingriffen der A- und S-Räte entgegengetreten wurde und diese angewiesen wurden, sich streng an die Gesetze zu halten. Niemand darf sich darüber unklar gewesen sein, daß die vorhandene Gesetzgebung vielfach reaktionär und volksfeindlich ist, aber es ist nicht möglich, ein ganzes Rechtsgebäude von heute auf morgen zu ändern, und das Unheil, was aus dem Fortbestehen vorhandener Gesetze entsteht, ist nicht so groß, wie das was entstehen müßte, wenn keine Rechtssicherheit mehr vorhanden wäre.

Aber wenn auch das übrige Recht in Geltung blieb, das bisher bestehende Verfassungsrecht war durch die Revolution gründlich beseitigt worden. Hier blieb nichts anderes übrig, als daß die provisorische Regierung, die aus den sechs Volksbeauftragten bestand, das Heft in die Hände nahm. Hinter ihr stand zweifellos die große Mehrheit des Volkes, sie hatte die Macht und sie fand deshalb auch allgemeine Anerkennung. Aber für jeden, der eine Spur demokratischen Empfindens hatte, mußte es selbstverständlich sein, daß der zunächst durch die Revolution geschaffene Zustand nur vorübergehend sein konnte. Das war auch aus praktischen Gründen notwendig, denn auf die Dauer hätte sich eine Regierung, wie sie durch die Revolution zunächst geschaffen war, nicht halten können, weil es ihr an der nötigen Autorität nach innen gefehlt hätte. Außerdem war es zum mindesten zweifelhaft, ob wir mit einer solchen Regierung jemals Frieden bekommen hätten. Voraussichtlich hätten sich die Ententestaaten geweigert, mit einer Regierung Frieden zu schließen, die sich nicht auf eine ordnungsgemäß erfolgte Kundgebung des Volkswillens hätte berufen können. Die deutsche Sozialdemokratie hat vom ersten Tag an dafür gekämpft, daß dem deutschen Volke eine Nationalversammlung gegeben werde. Sie hat dabei schwere Widerstände zu überwinden gehabt. Nicht nur unsre Bolschewisten, die offene Gegner der Demokratie sind, haben sich gegen die Einberufung einer Nationalversammlung gesträubt, sondern auch ein großer Teil der Unabhängigen, der freilich nicht wagte, klar Farbe zu bekennen, hat durch allerhand Winkelzüge zu verhindern gesucht, daß dem deutschen Volk so bald wie möglich sein Recht auf eine demokratische Vertretung würde. Für unklare Gehirne mag der Gedanke verlockend sein, den Sozialismus durchzuführen, ohne daß sich die sozialistischen Parteien erst den Gefahren aussetzen, die Wahlkämpfe mit sich bringen, deren Ausgang zweifelhaft ist.

Aber es wäre eine ungeheure Torheit, wenn wir versuchen wollten, den Sozialismus zu verwirklichen, ohne daß sich die Mehrheit des Volkes klar dafür ausspricht. Ein Sozialismus, der einem Volke aufgedrängt wäre, könnte keinen Bestand haben. Wir können nicht zurückkehren zu der Praxis des alten Polizeistaates, der das Volk beglücken wollte, ohne danach zu fragen, was die Massen von den Beglückungsplänen einer hochweisen Regierung halten. Der Sozialismus kann nur durchgeführt werden mit dem Volke für das Volk.

Die Wahlen haben eine Mehrheit für die Sozialdemokratie nicht ergeben, aber wir Sozialisten haben deshalb gewiß keine Veranlassung, den Kopf hängen zu lassen. Wir haben gesehen, daß die sozialdemokratischen Anschauungen in unserm Volke festen Fuß gefaßt haben, und wir wissen, daß die ganze Entwicklung für uns arbeitet. Wir sind der Ueberzeugung, daß nichts die Verwirklichung unsrer Ideale wird verhindern können.

Wenn auch heute noch nicht die Mehrheit des Volkes bei den Wahlen sozialistisch gestimmt hat, kann es kein Sozialdemokrat, der wirklich ein Recht auf diesen Namen hat, bedauern, daß gestern die bisherige sozialistische Regierung ihr Mandat in die Hände der deutschen Nationalversammlung gelegt hat. Wir wissen, daß wir dafür eine von dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes getragene Regierung bekommen werden, in der der sozialdemokratische Einfluß sehr stark sein wird. Die Aufgabe der neuen Regierung, die sich bilden wird, wird es vor allem sein, dem deutschen Volke den Frieden zu bringen. Möge es ihr recht bald gelingen, dieses Ziel zu erreichen.

Die Neubildung des Reichskabinetts.

Berlin, 11. Februar. Nach Verhandlungen ist gestern abend endlich über die Besetzung des Kabinetts eine Verständigung zwischen der Sozialdemokratie, der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum erzielt worden. Nachdem gestern mittag die Mehrheitssozialdemokratie auf den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung zugunsten des Zentrums verzichtet hatte. Nunmehr ist folgendes festgestellt worden: Reichspräsident wird der bisherige Volksbeauftragte Ebert, zum Ministerpräsidenten ist Scheidemann ausersehen. Außerdem erhalten von der Sozialdemokratie noch Noske das Reichswehrverteidigungsamt, Landsberg das Reichsjustizamt, Bauer das Reichsarbeitsamt, Müller das Reichswirtschaftsamt, Wissel und Dr. David bekommen Staatssekretariate ohne Portefeuille, und zwar ist David insbesondere für die Mitwirkung bei dem Friedensschluß ausersehen. Von der Deutschen Demokratischen Partei werden belegt: Das Reichsamt des Innern, das der Staatssekretär Dr. Preuß erhalten hat, das Auswärtige Amt, das dem Grafen Brockdorff-Rantzau zugeteilt ist, und das Reichsschatzamt mit Schiffer. Vom Reichsschatzamt soll ein Amt für Sozialisierungsfragen abgetrennt werden. Auch dieses Ressort ist der Deutschen Demokratischen Partei vorbehalten. Ferner soll ein Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei an Stelle des bisherigen Unterstaatssekretärs Dr. David im Auswärtigen Amt als Unterstaatssekretär berufen werden. Ein weiteres Mitglied soll Ministerialdirektor im Reichsarbeitsamt werden. Es ist möglich, daß für die Deutsche Demokratische Partei auch noch ein Unterstaatssekretariat geschaffen wird, dem die Verwaltung der Kolonien obliegt. Dem Zentrum werden zufallen: das Reichspostamt und das Reichsernährungsamt, an dessen Spitze wahrscheinlich der Abgeordnete Erzberger treten wird. Erzberger soll ein Staatssekretariat ohne Portefeuille erhalten. Das wichtigste Zugeständnis, das dem Zentrum gemacht worden ist, ist die Besetzung des Präsidentenstuhles in der Nationalversammlung.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Weimar, 11. Februar. Die Parteiführer haben sich darüber geeinigt, daß zum provisorischen Präsidenten Fritz Ebert gewählt wird und daß an die Spitze des Reichsministeriums ein Sozialdemokrat, also Scheidemann, tritt.

Gegen eine Neueinteilung des Reichs.

Die Vossische Zeitung meldet aus Weimar: Bei der Beratung der endgültigen Verfassung im Staatenausschuß haben die Vertreter des staatlichen Partikularismus über die Anhänger einer Neueinteilung des Reichs einen Sieg davongetragen. Der vielbesprochene und heißumstrittene § 11, der namentlich auch in der Wahlagitation eine große Rolle spielte, weil er angeblich die Zerstückelung Preußens befürwortete, ist gestrichen.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung.

Weimar, 10. Februar.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 8.25 Uhr. Auf die Bitte einiger Mitglieder des Hauses verlas er eine Mitteilung, in der diese, die erst heute um 11 Uhr vormittags Leipzig verlassen haben, erklären, daß die Gerüchte, die über einen Aufruhr in Leipzig verbreitet sind, unbegründet sind. Es streiken nur die Leipziger Straßenbahn- und Feuerwehrleute. Sodann wurden einige weitere Kundgebungen und Adressen verlesen.

Auf der Tagesordnung stand die zweite und eventuell dritte Beratung des

Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Zur 2. Lesung ist eine Reihe von Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialisten eingegangen, deren Drucklegung noch nicht erfolgt und die deshalb verlesen wurden.

Der bayerische Gesandte Dr. v. Praeger erklärte im Auftrage der Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden, daß diese Regierungen von der Voraussetzung ausgingen, daß durch die Annahme des Gesetzentwurfs Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorgenommen werden dürfen.

Volksbeauftragter Ebert erklärte, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimme.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190211/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG